

ANTRAG

Beratungsfolge	Termin	TOP	Bemerkungen
Stadtverordnetenversamm- lung	17.09.2026	27.	

**Müllablagerungen an Container-
Standorten****- Antrag FDP -**

Der Magistrat wird beauftragt, Maßnahmen zur dauerhaften Reduzierung illegaler Müllablagerungen umzusetzen. Es sollen insbesondere folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Einheitliche, deutliche und nachdrückliche Beschilderung aller Standorte

An allen städtischen Standorten für Altglas- und Altpapiercontainer sollen sukzessive gut sichtbare, einheitlich gestaltete und in ihrer Gestaltung unmissverständliche und nachdrückliche Hinweisschilder angebracht werden. Die Gestaltung soll so gewählt werden, dass das Verbot illegaler Ablagerungen unmittelbar ins Auge fällt und nicht lediglich den Charakter eines allgemeinen Informationshinweises hat. Die Schilder sollen insbesondere darauf hinweisen,

- dass das Ablagern von Abfällen neben oder auf den Containern verboten ist,
- dass entsprechende Verstöße eine Ordnungswidrigkeit darstellen und mit einem Bußgeld geahndet werden können,
- dass illegale Ablagerungen von der Stadt konsequent verfolgt werden,
- dass Sperrmüll nicht an den Containerstandorten abgestellt werden darf, sondern eine kostenfreie Sperrmüllabholung bei der Stadt beantragt werden kann,
- unter welcher Telefonnummer die kostenfreie Sperrmüllabholung beantragt bzw. Auskunft hierzu eingeholt werden kann,
- welche weiteren ordnungsgemäßen Entsorgungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Auf den Schildern soll insbesondere auf den städtischen Wertstoffhof und dessen aktuellen Öffnungszeiten hingewiesen werden. Darüber hinaus soll für jeden Standort auf den nächstgelegenen alternativen Containerstandort hingewiesen werden. Insbesondere bei überfüllten Containern soll Bürgerinnen und Bürgern damit eine unmittelbare Ausweichmöglichkeit aufgezeigt werden.

Bei der sukzessiven Aufstellung sind solche Standorte vorrangig anzugehen, die als Problemstandort identifiziert wurden.

Zur Eindämmung der Kosten soll mit der Firma Knettenbrech + Gurdulic Gespräche aufgenommen werden, mit dem Ziel, die Beschilderung anstelle von Schildern mit Betonfundament direkt an den Containern anzubringen.

2. Bedarfsgerechte Leerungsintervalle

Der Magistrat wird beauftragt, die Auslastung und die Häufigkeit von Überfüllungen und illegalen Ablagerungen an den einzelnen Containerstandorten zu erfassen und auszuwerten. Auf Grundlage dieser Auswertung soll geprüft werden, ob die Leerungsintervalle der Container bedarfsgerechter gestaltet werden können. An besonders stark frequentierten Standorten beziehungsweise an Standorten mit wiederkehrenden Überfüllungen sollen die Container bei Bedarf häufiger geleert werden. An Standorten mit deutlich geringerer Auslastung soll geprüft werden, ob eine Verlängerung der Leerungsintervalle möglich ist.

3. Altkleidercontainer im Stadtgebiet reduzieren und am Wertstoffhof bündeln

Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeiten zu prüfen und – soweit rechtlich und vertraglich möglich – umzusetzen, dass die bislang über das Stadtgebiet verteilten Altkleidercontainer externer Anbieter schrittweise zurückgebaut werden. Künftig soll die Sammlung von Altkleidern möglichst zentral am städtischen Wertstoffhof gebündelt werden. Neuaufstellungen von Altkleidercontainern externer Anbieter im öffentlichen Raum sollen grundsätzlich nicht mehr zugelassen werden, soweit dies rechtlich möglich ist.

Zudem soll geprüft werden, ob die Aufsteller von Altkleidercontainern schadenersatzpflichtig für die Entsorgung illegal im Umkreis der Container abgelegter Altkleider gemacht werden können. Mögliche Schadenersatzforderungen sind konsequent durchzusetzen.

4. Kontrollen an bekannten Problemstandorten verstärken

Der Magistrat wird beauftragt, die Kontrollen der Stadtpolizei an den Containerstandorten zu intensivieren. Dabei sollen insbesondere Standorte, an denen wiederholt illegale Ablagerungen oder Überfüllungen festgestellt werden, verstärkt und zu unterschiedlichen Zeiten kontrolliert werden. Die Stadt soll hierbei insbesondere prüfen, ob durch regelmäßige Kontrollen und eine sichtbare Präsenz der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine nachhaltige Verbesserung erreicht werden kann.

5. Verursacher illegaler Ablagerungen konsequent ermitteln

Bei illegal abgelagerten Abfällen soll künftig konsequent geprüft werden, ob sich Hinweise auf den Verursacher finden lassen. Dies gilt insbesondere für Abfälle, auf denen Namen, Anschriften, Versandaufkleber oder andere identifizierende Hinweise vorhanden sind. Die Stadt soll die genannten Personen persönlich aufsuchen und mit dem Tatbestand konfrontieren.

Sofern aufgrund solcher Hinweise oder anderer zulässiger Erkenntnisse ein hinreichender Verdacht auf den Verursacher besteht, soll die Stadt die zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten zur Ermittlung und Ahndung des Verstoßes ausschöpfen.

6. Ordnungswidrigkeiten konsequent ahnden

Wird ein Verursacher einer illegalen Müllablagerung ermittelt, soll die Stadt die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens prüfen und bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen konsequent durchführen. Die bestehenden ordnungsrechtlichen Möglichkeiten sollen ausgeschöpft werden, anstatt illegale Müllablagerungen ausschließlich auf Kosten der Allgemeinheit beseitigen zu lassen. Schadenersatzforderungen sind zu prüfen und konsequent durchzuführen.

7. Bericht an die Stadtverordnetenversammlung

Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung jährlich über die Umsetzung dieses Antrags zu berichten. Der Bericht soll insbesondere enthalten:

- eine Übersicht über die besonders von illegalen Ablagerungen betroffenen Containerstandorte
- Erkenntnisse über die Auslastung und Überfüllung der einzelnen Standorte
- die daraus abgeleiteten Anpassungen der Leerungsintervalle
- die Entwicklung der Zahl illegaler Ablagerungen
- die Zahl und Art der durchgeführten Kontrollen
- die Zahl der Fälle, in denen Verursacher ermittelt werden konnten
- die Zahl der eingeleiteten Ordnungswidrigkeitenverfahren und
- die Erfahrungen mit der Bündelung der Altkleidersammlung am Wertstoffhof.

8. Informationskampagne über die städtischen Kommunikationskanäle

Der Magistrat wird beauftragt, begleitend zu den Maßnahmen an den Containerstandorten eine Informationskampagne zur ordnungsgemäßen Abfallentsorgung und zur Vermeidung illegaler Müllablagerungen über die Kommunikationskanäle der Stadt Friedrichsdorf durchzuführen. Die Kampagne soll insbesondere über die städtischen Social-Media-Kanäle sowie, soweit sinnvoll, über die Internetseite der Stadt und weitere geeignete Kommunikationswege erfolgen. Die Kampagne soll nachdrücklich und verständlich vermitteln, dass die öffentlichen Containerstandorte keine Ablageflächen für sonstige Abfälle sind und dass die ordnungsgemäße Entsorgung einfach und unkompliziert möglich ist. Dabei soll sich die Kampagne an den Eckpunkten aus Punkt 1. anlehnen.

Begründung:

Illegale Müllablagerungen sowohl an den Containerstandorten als auch im gesamten Stadtbild sind ein zunehmendes Ärgernis in Friedrichsdorf. Neben den dafür vorgesehenen Wertstoffen werden dort regelmäßig Sperrmüll, Restmüllsäcke, Kartons, Haushaltsgegenstände und andere Abfälle abgestellt. Teilweise werden Glas und andere Wertstoffe auf bereits vollständig gefüllte Container gestellt.

Über mehrere Wochen hat die FDP-Fraktion die Zustände mit großer Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger dokumentiert. Über die sozialen Medien, per Mail und Messenger erhielt die FDP zahlreiche Fotos und Berichte. Diese Fotos fügen wir diesem Antrag bei.

Die Stadt verfügt bereits über klare Regelungen. Das Ablagern von Abfällen außerhalb der dafür vorgesehenen Sammelgefäße ist untersagt und kann als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Diese Regeln müssen jedoch auch sichtbar kommuniziert und konsequent durchgesetzt werden.

Wer seinen Müll neben einem Container abstellt, muss eindeutig erkennen können, dass es sich hierbei nicht um eine zulässige Form der Entsorgung handelt und dass Verstöße Konsequenzen haben. Gleichzeitig muss den Bürgerinnen und Bürgern eine einfache Alternative aufgezeigt werden.

Hier bietet sich insbesondere der städtische Wertstoffhof an. Dort können unter anderem Sperrmüll, Altholz, Elektroaltgeräte, Metallschrott und weitere Abfälle abgegeben werden. Auf Initiative der FDP-Fraktion hin wurden die Öffnungszeiten des Wertstoffhofs zuletzt erweitert. Diese vorhandenen Entsorgungsmöglichkeiten sollten stärker und unmittelbar an den Containerstandorten kommuniziert werden.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass nicht jeder Containerstandort gleichermaßen stark frequentiert wird. Wenn bestimmte Standorte regelmäßig überfüllt sind, während andere deutlich geringere Auslastungen aufweisen, ist es sinnvoll, die Leerungsintervalle entsprechend anzupassen. Eine solche bedarfsgerechte Steuerung kann Überfüllungen reduzieren, die vorhandenen Kapazitäten besser nutzen und gleichzeitig unnötige Leerungsfahrten vermeiden.

Ein weiterer Bestandteil des Maßnahmenpakets soll die Reduzierung der dezentral aufgestellten Altkleidercontainer externer Anbieter sein. Die Entsorgung von Altkleidersäcken, die neben die Altkleidercontainer geworfen werden, muss kostspielig von der Allgemeinheit bezahlt werden. Eine stärkere Bündelung der Altkleidersammlung am Wertstoffhof würde die Entsorgung an einem zentralen kontrollierbaren Ort konzentrieren.

Information und bessere Infrastruktur allein reichen jedoch nicht aus. Wer seinen Müll bewusst illegal ablädt, muss damit rechnen, dass sein Verhalten Konsequenzen hat.

Gerade bei Kartons, Paketen und sonstigen Verpackungen finden sich häufig Namen, Anschriften oder Versandaufkleber. Solche Hinweise können – unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben – dazu beitragen, die Verantwortlichen zu ermitteln. Es ist nicht vermittelbar, dass die Allgemeinheit die Kosten für die Beseitigung illegal abgelagerter Abfälle trägt, während der Verursacher unerkannt bleibt, obwohl konkrete Hinweise auf dessen Identität vorhanden sind.

Die FDP-Fraktion setzt sich deshalb für einen klaren und konsequenten Ansatz ein:

Informieren. Alternativen aufzeigen. Infrastruktur bedarfsgerecht organisieren. Verursacher ermitteln. Verstöße ahnden.

Saubere Containerstandorte, Plätze und Straßen sind nicht nur eine Frage des Stadtbildes. Sie sind Ausdruck von Ordnung, Verantwortungsbewusstsein und einem fairen Umgang mit denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Abfälle ordnungsgemäß entsorgen.

Das Maßnahmenpaket soll dabei nicht nur illegale Müllablagerungen reduzieren, sondern auch das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für ein schönes, sauberes und lebenswertes Friedrichsdorf stärken und dazu beitragen, dass sich jeder Einzelne für den Erhalt eines sauberen Stadtbildes mitverantwortlich fühlt.

Anlage

gez. Jochen Kilp
Fraktionsvorsitzender FDP